

Editorial

Staat und Entwicklung

Im aktuellen Globalisierungsprozess werden Eckpunkte von Staatlichkeit neu bestimmt. Souveränität wird sowohl an supranationale Organisationen übertragen als auch auf regionale und lokale Strukturen. Den Staat jedoch als Opfer ihm äußerlicher Globalisierungsprozesse zu sehen, ist der realen Bedeutung von Nationalstaaten wohl kaum angemessen. Ganz im Gegenteil ist zu betonen, dass der Staat einer der zentralen institutionellen Akteure ist und bleibt. Auch weiterhin soll der bürgerlich-kapitalistische Staat vor allem planbare Rahmenbedingungen und rechtsstaatliche Verhältnisse (besonders die Sicherung der Eigentumsverhältnisse) für die Reproduktion des Kapitals gewährleisten. Er ist zudem der zentrale Akteur, der gesellschaftliche Antagonismen und Konflikte über die verschiedenen Partikularinteressen befriedet, um letztlich die Reproduktionsbedingungen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft sicherzustellen.

So wichtig diese Feststellungen sind, reichen sie doch nicht aus, um die aktuellen Veränderungsprozesse zu verstehen. Es geht auch hier darum, die konkrete, historische Form des Staates zu bestimmen. Pointiert hat Joachim Hirsch den Funktionswandel des fordistischen Wohlfahrtsstaates zum nationalen Wettbewerbsstaat untersucht, der im Kontext veränderter Weltmarktbedingungen aktiv darauf aus ist, Standortbedingungen zu verbessern. Auch die VertreterInnen, die mit dem foucaultschen Ansatz der Gouvernamentalität arbeiten, betonen, dass es sich bei den aktuellen Veränderungen nicht um ein Nullsummenspiel „weniger Staat, mehr Markt“ handelt, sondern um eine qualitative Umformulierung des Konzepts des Regierens. Dabei geht es u.a. darum, den „Staat in kulturellen Begriffen neu zu denken“ (Schild in *PERIPHERIE* 92).

Sowohl die Bedeutung transnationaler Prozesse und die Verschiebung von Kräfteverhältnissen zwischen verschiedenen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Akteuren als auch die interne Fragmentierung von Nationalstaaten machen es jedoch notwendig, staatliche und nicht-staatliche Interventionspraxen auf verschiedenen „*spatial scales*“ zu analysieren und in Beziehung zu setzen. Der Container-Begriff des Nationalstaates, wie er auch in der Regulations- und der Dependenztheorie benutzt wurde, hat endgültig ausgedient und macht einer multidimensionalen Analyse im globalen Verflechtungsraum Platz. Dabei

hat sich der Staat selber internationalisiert. Das hat in einer Weltsituation, die nicht nur durch forcierte Internationalisierung, sondern auch durch weitere Differenzierung und verstärkte, auch regional ausgeprägte Ungleichheit gekennzeichnet ist, im Einzelfall sehr unterschiedliche Konsequenzen

Für entwicklungsbezogene Diskussionen spielt gerade im Zusammenhang mit den sog. „*collapsed states*“ die Bestimmung der Beziehung zwischen (zentral-)staatlicher Souveränität und intermediären, aber auch quasisouveränen und häufig formal auch illegalen Gruppen eine wichtige Rolle, die innerhalb des formal dem Nationalstaat zugerechneten Territoriums de facto staatliche Funktionen wie das Gewaltmonopol, Steuereinzug usw. ausüben. Der Staat integriert hier nicht; stattdessen bilden sich zum Teil auf Basis der (Re-)Konstruktion ethnischer, lokaler und anderer Identitäten neue Gemeinschaften, die die Form des „*rackets*“ annehmen können und sich im Rahmen globaler Kriminalität weltweit vernetzen. In den zerfallenden Staaten bilden sich teilweise Bürgerkriegs-ökonomien heraus, die bestimmte Exportsektoren (Diamanten, Coca, Edelhölzer, Edelmetalle etc.) direkt kontrollieren oder aber über Lizenzvergabe an transnationale Konzerne regulieren.

Aber auch hier ist der Hinweis wichtig, dass das Verhältnis zwischen Staat und quasi-souveränen Gruppen nicht einfach als Nullsummenspiel von diskreten, miteinander konkurrierenden Einheiten verstanden werden kann. Vielversprechender wäre hier ein Ansatz, der die Strategien der verschiedenen kollektiven Akteure sowie deren Verflechtungen analysiert. Dies trifft sich mit den neueren Diskussionen der Regulationstheorie, die den Staat in Anschluss an Poulantzas als „Verdichtung eines Kräfteverhältnisses“ sehen: Der Staat ist keine feste Entität, sondern Ergebnis gesellschaftlicher Kämpfe.

Wie Gerhard Hauck herausarbeitet, erweist es sich als momentan modischer, vorschneller Fehlschluss, von „schwachen Staaten“ zu sprechen. Zu differenzieren ist insbesondere zwischen politischer Regulationsmacht und Akkumulationsmacht. Letztere ist gerade in vielen sog. „schwachen Staaten“ Afrikas für die Zwecke der herrschenden Eliten alles andere als schwach.

Im Zuge postfordistischer Umbrüche und verstärkt nach dem Zusammenbruch des Ostblocks ist eine Denationalisierung, Entstaatlichung und Internationalisierung von *policy*-Regimes festzustellen. Transnationale Strukturen übernehmen an den Nationalstaat gebundene Funktionen. Dies zeigt sich nicht nur an den Kriegen und (welt-)polizeilichen Maßnahmen der 1990er Jahre, die trotz des Unilateralismus der USA allein im Kontext von nationalstaatlichen Gewaltmonopolen erklärt werden können, sondern auch an der Entstehung supranationaler Institutionen wie v.a. der WTO, der Weltbank, aber auch der EU sowie an der Dynamisierung der Finanzmärkte, die die Rolle der Zentralbanken verändert.

Die Schwierigkeiten und politisch-ökonomischen Auseinandersetzungen, die in supranationalen (Wirtschafts-)Kooperationen liegen, stellt *Henning Melber* differenziert in seiner kritischen Zwischenbilanz zur NePAD (*New Partnership for Africa's Development*) dar. Dabei wird auch deutlich, wie schwer es v.a. auch für Regierungen peripherer Staaten ist, dem neoliberalen Mainstream und seiner strukturellen wie ideologischen Hegemonie etwas entgegensetzen.

Weiterhin ist das Verhältnis von Staat und Nation ein zentraler Diskussionspunkt. Trotz der Veränderung von Staatlichkeit bleibt der Bezug auf die Nation weiterhin zentral, nicht zuletzt für Prozesse kollektiver Identitätsbildung und die damit einhergehenden Prozesse der Definition und Aufrechterhaltung von Grenzziehungen. Im Nationalismus in Lateinamerika wie in Stellungnahmen asiatischer Regierungen zu Menschenrechtsfragen oder in regierungsseitigen Einlassungen aus dem südlichen Afrika wird unter Berufung auf die Nation nach außen im Prozess nationaler Entwicklung das Recht auf kulturelle Differenz betont und so nationale Identität auf unterschiedliche Weise für Herrschaftsinteressen funktionalisiert; dagegen werden nach innen kulturelle Differenzen in oft gewaltsamer Weise homogenisiert. Im Kontext neuer imperial(istisch)er Kriege steht – so *Sabah Alnasseri* – „*nation-building*“ und Demokratisierung nach offizieller Lesart im Mittelpunkt der Anstrengungen. Tatsächlich aber, so argumentiert Alnasseri am Beispiel des Irak-Krieges, geht es um eine periphere Form der Internationalisierung des Staates, die er mit dem Konzept der Kantonisierung umreißt.

Stand in den Projekten der nationalen Befreiung der 1970er Jahre die Etablierung eines nationalen Entwicklungsstaates, über den mittels Importsubstituierung eine „nachholenden Entwicklung“ und eine Überwindung der Abhängigkeit erreicht werden sollte, im Mittelpunkt des Interesses, so haben sich diese Projekte in den 1990er Jahren erledigt. Allenfalls die Erfahrungen der staatlich geförderten, selektiven Weltmarktintegration der südostasiatischen „Tiger-Staaten“ ließen die Debatten um „nachholende Industrialisierung“ und den Staat als Agenten von Entwicklung wieder aufleben.

Aktuell ist möglicherweise gerade in den lateinamerikanischen Ländern (Brasilien, Venezuela, Argentinien) eine neue Diskussion um die Möglichkeiten der Veränderung durch den Einsatz der Hebel brisant, die Staatlichkeit bereitzustellen scheint. Andererseits fallen die Bilanzen nach ein bis zwei Jahrzehnten der Regierungstätigkeit staatlicher Eliten, die im südlichen Afrika mit dem ausdrücklichen Anspruch der nationalen Befreiung angetreten waren, bestenfalls ernüchternd aus. Zugleich ist zur Kenntnis zu nehmen, dass der rasante Wandel in einigen südostasiatischen Ländern und in der VR China ohne die massive Tätigkeit eines autoritären, oft auch korrupten Staatsapparates kaum denkbar gewesen wäre und dass dort Demokratisierungsprozesse heute auf enge Grenzen stoßen.

Gleichwohl arbeitet *Bettina Gransow* heraus, wie sich der staatliche *top-down*-Ansatz in der chinesischen Armutsbekämpfung als zu ineffizient erwies und wie sich in diesem Kontext eine spezifisch chinesische NGO-Landschaft herausbildete. Allerdings bleibt abzuwarten, ob dies dazu führen wird, dass sich der chinesische Staat seiner sozialen Verantwortung entledigt, durch neu ausgebildete *Governance*-Strukturen gestärkt wird, oder aber ob sich ein „Dritter Sektor“ etabliert, der im Kontext einer sich globalisierenden Sozialpolitik steht.

Erhard Berner und *Benedict Phillips* argumentieren in ihrer kritischen Auseinandersetzung mit Selbsthilfe-Ansätzen in der Entwicklungspolitik, dass sich hinter den Worthülsen von Autonomie, Eigenverantwortung, *community*-Bildung oder Partizipation oft nur die „Flucht des Entwicklungsstaates aus einer Fürsorgepflicht“, die von internationalen Entwicklungsorganisationen mitbefördert wird, mehr schlecht als recht verbirgt. Für die Redaktion der *PERIPHERIE* hat dieses Thema einen so hohen Stellenwert, dass wir uns im Heft 99 speziell mit dem Konzept „Sozialkapital“ auseinandersetzen wollen. Hierzu sind Beiträge herzlich willkommen.

Besonders möchten wir auch einladen, zu unserer Jubiläumsausgabe „100 Peripherien – die Welt von den Rändern her denken“ Artikel einzusenden. Für diese Ausgabe werden wir das GutachterInnen-Verfahren aussetzen und den Raum für viele verschiedene Arten von Beiträgen – von Bonmots und Aphorismen über Gedanken(splitter) bis hin zu Essays – öffnen.

Damit können sich unsere GutachterInnen im kommenden Jahr auf ein wenig Entlastung freuen. Die ist wohl verdient, denn auch 2004 haben sie durch scharfsinnige, aber nie spitzfindige, oft über Erwarten detaillierte und konstruktive Gutachten viel zum guten Gelingen der *Peripherie* beigetragen (siehe Seite 548). Ihnen sei an dieser Stelle ganz herzlich gedankt.

Besuchen Sie uns auf unserer Internetseite:

<http://www.zeitschrift-peripherie.de>.

Dort finden Sie außer den *Call for Papers* für die kommenden Hefte ein Formular zum Bestellen einzelner Hefte oder eines Abonnements sowie weitere Informationen zur *PERIPHERIE*.